



Wahlkampfauftritt in Düsseldorf: Seite 4 - 8

Edmund Stoiber und Angela Merkel stellen Startprogramm vor

„Wir müssen noch in diesem Herbst die Weichen auf Aufschwung stellen und alle anderen Entscheidungen diesem Ziel unterordnen.“

Kanzlerkandidat Edmund Stoiber und die Parteivorsitzende Angela Merkel haben auf einer gemeinsamen

Pressekonferenz am 30. August der Öffentlichkeit das 50-Punkte-Startprogramm vorgestellt, das die von CDU und CSU geführte Bundesregierung nach dem 22. September sofort umsetzen will.

Bis zu zehn Milliarden Euro sollen in nächsten Jahr

Fortsetzung Seite 2

Startprogramm

Startprogramm Deutschland.

Für ein leistungsfähiges und soziales Deutschland.

Zeit für Taten.

CDU CSU

Startprogramm im Innenteil,
Bestellungen über IS-Versand-
zentrum: • Bestell-Nr.: 25983,
• Preis je 50 Expl.: 8,00 € (8,56 €)

■ Wir können gewinnen. Wir wollen gewinnen. Wahlkampfauftakt in Düsseldorf (Seite 4-8) ■ Beim Stand von 4 Mio. Arbeitslosen in Deutschland wird man abgewählt (Seite 9) ■ Edmund Stoiber: Das Entscheidungs- und Handlungsmonopol in der Irak-Frage liegt bei den Vereinten Nationen (Seite 10-11) ■ Edmund Stoiber klarer Sieger nach Fakten. TV-Duell am 25. August (Seite 11-13) ■ Angela Merkel zur Erklärung der katholischen Bischöfe zur Bundestagswahl (Seite 15) ■ Bis zum 22. September um jede Stimme kämpfen. Generalsekretär Laurenz Meyer präsentiert Wahlkampfspots (Seite 16-18) ■ Rapid Response auf Behauptungen Schröders beim TV-Duell am 25. August (Seite 19-22) ■ SPD sagt zu Nacht- und Feiertagszuschlägen die Unwahrheit (Seite 21)

Die beiden Flugblätter – Seite 3 und 14 – finden Sie im Mitgliedernetz der CDU: www.cdunet.de

IMPRESSUM



Job-Motor Mittelstand wird angeworfen

Fortsetzung von Seite 1
für die Wiederankurbelung der Wirtschaft zur Verfügung stehen und entscheidend dazu beitragen, den Arbeitsmarkt zu beleben.

„Unser Programm ist solide finanziert“, erklärte Edmund Stoiber. Mit Rückflüssen aus Strukturfonds der Europäischen Union, Privatisierungserlösen und Umschichtungen im Bundeshaushalt stehen die drei Säuler dieser Finanzierung fest.

Das ändert sich schon zum 1. Januar nächsten Jahres, wenn Edmund Stoiber Kanzler wird:

■ **Die Steuern für Normalverdiener und den Mittelstand sinken**, weil die nächste Stufe der Steuerreform, die Schröder verschoben will, wieder in Kraft gesetzt wird. Das ist bitter nötig im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Pleitelwelle. Entlastung für eine

durchschnittliche Familie: 316 Euro in 2003.

■ **Die nächste Stufe der „Öko“-Steuer entfällt**. Weitere 3 Mrd. Euro Entlastung für alle Bürger.

■ **Die „400-Euro-Jobs“ knüpfen an die alten „630-Mark-Jobs“ an** – für Arbeitnehmer steuer- und abgabenfrei, der Arbeitgeber zahlt 20 Prozent Pauschalsteuer.

■ **Wer arbeitet, soll mehr Geld haben, als wenn er nicht arbeitet**. Jobs im sogenannten Niedriglohnbereich (401–800 Euro) werden durch Zuschüsse bzw. Senkung der Abgaben gefördert. Damit alle, die arbeiten können, sich auch wirklich um Arbeit bemühen oder gemeinnützige Arbeit verrichten, erhalten die Länder sofort weitreichende Experimentier-Vollmachten zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

■ **Existenzgründer haben bessere Karten**, weil das Gesetz gegen „Scheinselbst-

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

ständigkei"t" abgeschafft und der Zugang zu Startkapital erleichtert werden soll.

■ **Eltern sparen bares Geld**, weil sie ab 1. Januar 2003 bis zu 5.000 Euro an Kosten für Kinderbetreuung steuerlich geltend machen können.

■ **Überflüssige Vorschriften werden abgebaut** – schon innerhalb von drei Monaten wird eine *Task-Force* zur Bürokratiebefreiung erste Ergebnisse vorlegen.

Tiefpunkt

Angesichts des neuerlichen Milliardendefizits bei den Gesetzlichen Krankenkassen rechnet Horst Seehofer, Mitglied in Stoibers Kompetenzteam, mit weiteren Beitragserhöhungen. Er erwartet Anhebungen um 0,2 bis 0,5 Prozent. Im ersten Halbjahr 2002 haben die Gesetzlichen Krankenkassen ein Defizit von 2,4 Milliarden Euro angehäuft. Für Seehofer sind diese Zahlen „der Tiefpunkt der rot-grünen Gesundheitspolitik“.

Anders als Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) erwartet Seehofer auch keine Verbesserung der Lage im zweiten Halbjahr.

■ **Hilfen für das Handwerk und die Kommunen in Ostdeutschland** – durch ein kommunales Investitionsprogramm im Umfang von einer Mrd. Euro.

Startschuss für mehr Wachstum und Arbeit!

Im Laufe des nächsten Jahres werden Entbürokratisierung und Modernisierung des Arbeitsmarkts fortgesetzt. Das Zuwanderungsgesetz wird geändert und die Bundeswehr gestärkt. Gegen Jugendkriminalität und Sexualverbrechen wird aktiv vorgegangen. Außerdem werden neue Akzente beim Umwelt- und Klimaschutz gesetzt und die deutschen Landwirte gefördert. 2004 startet unsere Große Steuerreform und die Einführung des Familiengelds.

Angela Merkel: Wir werden Kräfte frei setzen

„Deutschland braucht Tempowechsel und endlich wieder entschiedenes Handeln“, erklärte die Parteivorsitzende. Die „Kräfte, die in

Sachverhalt

Startprogramm Deutschland Für ein leistungsfähiges und soziales Deutschland

Das Startprogramm der Union für Deutschland steht. CDU und CSU werden nach dem 22. September sofort handeln – für neues Wachstum und mehr Arbeitsplätze.

Unser **nationales Hilfsprogramm** für die Geschädigten der Hochwasser-Katastrophe in Höhe von rund 10 Mrd. Euro werden wir vor allem aus den Bundesbank-Gewinnen 2001 (transparenz – ohne die von Rot-Grün vorgesehenen, konjunkturendlichen Steuererhöhungen).

Das ändert sich schon zum 1. Januar nächsten Jahres, wenn Edmund Stoiber nach der Wahl Kanzler wird:

Die Steuern für Normalverdiener und des Mittelstand sinken, weil wir die nächste Stufe der Steuerreform, die Schröder verschoben will, wieder in Kraft setzen. Das ist bitter nötig im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Pleitelawe. Entlastung für eine durchschnittliche Familie: 310 Euro in 2003.

Die nächste Stufe der „Über-Steuer entfällt. Weitere 3 Mrd. Euro Entlastung für alle Bürger.

Die „400-Euro-Jahr“ ersetzen die alten „130-Mark-Jahr“ – für Arbeitnehmer steuer und abgabenfrei, der Arbeitgeber zahlt 20 % Zuschüsse.

Wer arbeitet, soll mehr Geld haben, als wenn er nicht arbeitet. Jobs im so genannten Niedriglohnbereich (401 – 800 Euro) werden durch Zuschüsse bzw. Senkung der Abgaben gefördert. Damit alle, die arbeiten können, sich auch wirklich um Arbeit bemühen oder greenwichtige Arbeit vorziehen, geben wir den Ländern sofort weitreichende Experimentierbefugnisse zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

Einsteigerlöhne haben bessere Karten, weil wir das Gesetz gegen „Scheinelohnständigkeit“ abschaffen und den Zugang zu Startkapital erleichtern werden.

Eltern sparen bares Geld, weil sie ab 1.1.2003 bis zu 5.000 Euro an Kosten für Kinderbetreuung steuerlich geltend machen können.

Überflüssige Vorschriften werden abgebaut – schon innerhalb von drei Monaten sollte erste Ergebnisse vorgelegt werden.

Hilfen für das Handwerk und die Kommunen in Ostdeutschland – durch unser „Kommunales Investitionsprogramm“ im Umfang von 1 Mrd. Euro.

Das ist der Startschuss für mehr Wachstum und Arbeit!

Im Laufe des nächsten Jahres setzen wir dann die Entbürokratisierung und Modernisierung des Arbeitsmarkts fort. Wir ändern das Zuwanderungsgesetz und stärken die Bundeswehr. Gegen Jugendkriminalität und Sexualverbrechen werden wir aktiv vorgehen. Außerdem setzen wir neue Akzente beim Umwelt- und Klimaschutz und fördern deutsche Landwirte. 2004 startet unsere Große Steuerreform und die Einführung des Familiengelds.

Zeit für Taten.



V.i.S.d.P.: CDU Bundesvorsitzende, Angela Merkel 6 - 33790 Bonn - www.cdu.de - E-Mail: post@cdu.de

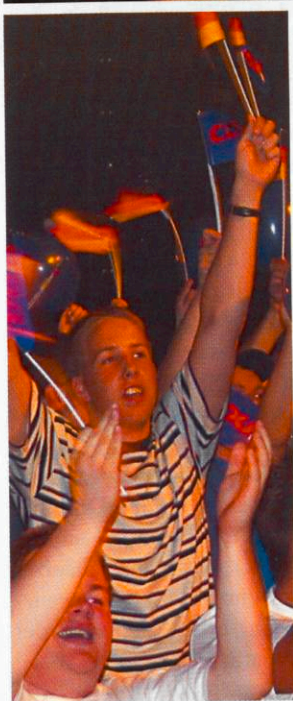
den Bürgern und in den Unternehmen schlummern, zum Nutzen und Wohl unseres Landes freizulegen“ – das habe Schröder nicht geschafft. „Wir werden diese Bewegungslosigkeit auflösen.“ Dazu gehört auch, betriebliche Bündnisse für Arbeit zu ermöglichen, um auf diese Weise Beschäftigungssicherung in die Betriebe zurück zu verlagern.

Seinen Dank für die Erarbeitung des Startprogramms der beiden Schwesterparteien sagte Edmund Stoiber Generalsekretär Laurenz Meyer, Wolfgang Schäuble, Mitglied im Kompetenzteam, und dem Leiter der bayerischen Staatskanzlei Erwin Huber.





FOTOS: dpa



ZEIT FÜR TATEN. ZEIT FÜR DEN WECHSEL

Wir können gewinnen. Wir **wollen** gewinnen

Gemeinsam die letzten Tage von Rot-Grün einläuten – mit dieser Absicht waren am Sonntag, den 1. September, genau drei Wochen vor der Bundestagswahl, mehr als 10.000 Mitglieder und Anhänger der Union in die Düsseldorfer Rheinhalle gekommen.

Tosender Beifall, als Kanzlerkandidat Edmund Stoiber in den Saal ruft: „Damit es endlich wieder

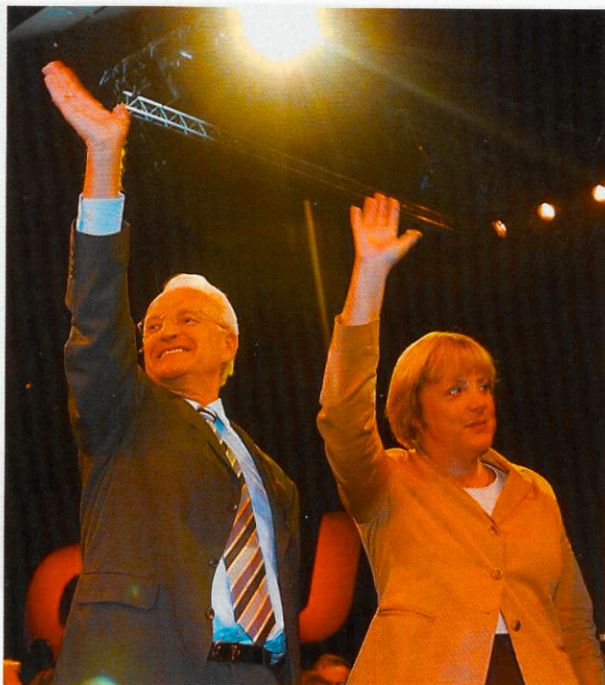
aufwärts geht – CDU und CSU! Vier Jahre Rot-Grün waren vier Jahre Stillstand – vier verlorene Jahre – in Ost und West.“

Die SPD ist erschöpft. Ihr fehlt die Kraft für die notwendige Modernisierung Deutschlands. „Mit uns“ – so Stoiber – „ist die Zeit der ruhigen Hand vorbei.“ Vom ersten Tag des Regierungsantritts an wird eine unionsgeführte Bundesregierung die

”

Die Wählerinnen und Wähler haben von uns Schwarz auf Weiß, dass wir handeln werden und wie wir handeln werden. Sie haben es am 22. September in der Hand, an CDU und CSU den Auftrag für vier erfolgreiche Jahre zu vergeben.

Angela Merkel



Weichen auf Aufschwung und Arbeitsplätze stellen.

„Wir sind dicht vor dem Ziel!“ sagt Stoiber und spricht von dem „ungeheuren Maß an Zustimmung und Sympathie überall in Deutschland“ und von den Umfragen, die CDU und CSU seit Monaten vor der SPD zeigen. Trotzdem: „Wahlkämpfe sind Marathonläufe.“

„Jetzt geht es in den Endspurt“, begeistert der Kanzlerkandidat die Anhänger. „Jetzt müssen wir alle Kräfte mobilisieren. Wir müssen von Düsseldorf die Botschaft nach ganz Deutschland tra-

gen: Wir können gewinnen. Wir wollen gewinnen. Wir haben das bessere Programm. Wir haben die bessere Mannschaft.“

**Angela Merkel:
Wir haben alle
Chancen, die Wahl
zu gewinnen...**

„... und mit Edmund Stoiber den nächsten Kanzler zu stellen.“ Mit diesem kämpferischen Appell hatte die Parteivorsitzende den Wahlkampfauftakt eröffnet und – wie der Kanzlerkandidat – dazu aufgerufen, für

den Endsprint noch einmal alle zur Verfügung stehenden Kräfte anzubieten.

„Tragen Sie dazu bei, dass Rot-Grün am 22. September die bittere Erfahrung macht, dass man bei einem Stand von vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland abgewählt wird!“

Deutschland brauche endlich wieder entschiedenes Handeln, einen „Tempowechsel hin zu einer hohen Taktfrequenz von Taten“.

Beweis dafür, dass CDU und CSU einen solchen Tempowechsel hinkriegen: das Startprogramm, mit dessen Umsetzung bereits einen Tag



Laurenc Meyer: Wir gehen als erste in die Zielgerade

„Wir starten selbstbewusst und gut aufgestellt in die drei letzten Wochen bis zur Bundestagswahl.“ Der Generalsekretär bekommt großen Beifall, als er noch einmal die gute Ausgangslage beschreibt und zum bisher Erreichten sagt: „Unser Kompetenzwahlkampf ist voll aufgegangen.“

Laurenc Meyer erinnert die Mitglieder und Anhänger der Union noch einmal daran: „Schröder und seine rot-grüne Regierung haben nichts geleistet. Sie können es einfach nicht. Sie müssen abgelöst

werden.“ Die Wechselstimmung unter den Wählern ist Rot-Grün nicht verborgen geblieben: „Die Angst geht um in der Regierung Schröder.“ Drei Millionen Euro habe sie wohl deshalb schnell noch für Beilagen in Tageszeitungen und Magazinen ausgegeben: „Kostspielige Wahlpropaganda zur selben Zeit, in der die Flutopfer unsere Hilfe brauchen.“

Die Wählerinnen und Wähler werden sich davon nicht beeindruckt lassen. Ihnen sind die rot-grünen Misserfolge nur allzu gegenwärtig – ganz nach dem ihnen inzwischen geläufigen Motto von vier Jahren Schröder und Rot-Grün: „Versprochen – gebrochen.“

nach der Regierungsübernahme in Berlin begonnen werden soll.

Bei dieser Umsetzung baue die Union auf etwas sehr Wichtiges: ■ auf die Kräfte der Menschen, ■ auf die Einsicht, dass es sich lohne, Politik zu machen, ■ auf Leistungsbereitschaft, ■ und auf Optimismus, der sich in Deutschland immer dann als besonders robust erweist, wenn er dringend nötig ist.

Angela Merkel: Tragen Sie dazu bei, dass Rot-Grün am 22. September die bittere Erfahrung macht, dass man bei einem Stand von vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland abgewählt wird!



Friedrich Merz und Jürgen Rüttgers: Mit Edmund Stoiber Neuanfang für Deutschland

„In zwanzig Tagen ist der rot-grüne Spuk vorbei“, sagt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, in seinem Grußwort zum Wahlkampfauftakt. Eine von der Union geführte Bundesregierung werde Deutschland endlich wieder Perspektiven geben. Das Ziel sei klar: CDU und CSU müssten in der nächsten Legislaturperiode wieder die stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag stellen.

Merz: „Eine Regierung Stoiber wird nach dem 22. September zuerst die schweren Versäumnisse der rot-grünen Koalition wettmachen: Wir übernehmen über vier Millionen Arbeitslose und mehr als 45.000 Firmenspleiten allein im Jahr 2002.“ Die Steuer- und Abgabenlast sei so hoch wie nie, der Mittelstand demoralisiert. Das Land erstickte förmlich an

Überbürokratisierung. Ein „blauer Brief“ aus Brüssel werde die Schlussbilanz der Regierung Schröder sein.

Zum Abschluss des Wahlkampfauftakts dankt der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Jürgen Rüttgers dem Kanzlerkandidaten für seine „große Rede“. Edmund Stoiber sei nicht nur der bessere Ministerpräsident und der bes-

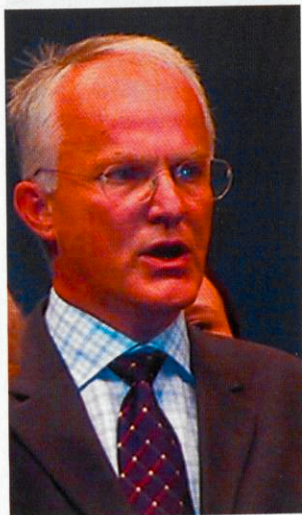
”

Ich sage Ihnen: So wie wir die Mehrheit im Bundesrat zurück erobert haben, werden wir das am 22. September auch im Deutschen Bundestag schaffen.

Laurenz Meyer

sere Bundeskanzler, sondern auch „der bessere Redner, weil er glaubwürdiger ist“, unterstrich Rüttgers. „Wir alle wollen mit Edmund Stoiber einen Neuanfang für unser Vaterland, für Arbeit, Bildung für alle, Vorfahrt für Familien, mehr soziale Gerechtigkeit und weniger Steuern.“ Deshalb sei es höchste Zeit für eine andere Bundesregierung.

„Viele tausend Menschen warten auf diesen Tag, warten auf den Neuanfang“, versicherte Rüttgers. Dann sei endlich Schluss mit der Politik der Beliebigkeit. „Denn Edmund Stoiber wird dem Wandel in Deutschland Richtung geben.“



Fotos: ddp

”

*Gehen Sie hinaus!
Tragen Sie die Stimmung der Zuversicht
und des Aufbruchs zu
den Menschen in
Deutschland. Werben
Sie, überzeugen Sie!
Wir können regieren.
Wir werden regieren.
Glück auf an Sie alle!*

Edmund Stoiber

Der Landesvorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Jürgen Rüttgers, und der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz: ■ Edmund Stoiber hat eine große Rede gehalten. ■ Er wird der bessere Bundeskanzler sein. ■ Mit ihm: Neuanfang für Deutschland.

Beim Stand von 4 Millionen Arbeitslosen in Deutschland wird man **abgewählt**

4,018 Millionen Menschen sind nach den neuesten Nürnberger Zahlen im August arbeitslos: 229.400 mehr als im August 2001 und allein 46.000 junge Menschen mehr als vor vier Jahren.

„Das ist der Tag der Wahrheit und des Scheiterns von vier Jahren Rot-Grün in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik“, erklärte Kanzlerkandidat Edmund Stoiber auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Angela Merkel und Lothar Späth am 5. September im Konrad-Adenauer-Haus: „Die Regierung Schröder hat bei ihrer wichtigsten Aufgabe, bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit versagt.“

Die höchste Arbeitslosigkeit seit vier Jahren! Das zwingt zu einer Generalabrechnung: ■ **Rot-Grün** hat sein wichtigstes Wahlversprechen gebrochen, nämlich die Arbeitslosigkeit auf unter 3,5 Millionen zu senken. ■ **Rot-Grün** hat vier Jahre lang nichts gegen die Ursachen der Arbeitslosigkeit getan, sondern nur mit „ruhiger Hand“ auf das Anspringen der Weltkonjunktur gehofft. ■

GENERAL- ABRECHNUNG

Rot-Grün vertuscht die katastrophalen Folgen der steigenden Arbeitslosigkeit.

Zu diesen Folgen gehören ■ massive Mehrausgaben für soziale Aufgaben bei Bund, Ländern und Gemeinden. ■ Die Steuereinnahmen brechen weg. ■ Die Sozialsysteme geraten in Schieflage mit Defiziten bei Kranken- und Rentenversicherungen und mit neuerlichen Beitragserhöhungen. ■ Das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit steigt auf über 3,5 Milliarden Euro. ■ Die deutsche Wirtschaftsleistung schrumpft auf nur mehr 0,5 Prozent. ■ Die Zahl der Insolvenzen wird in diesem Jahr auf mehr

als 40.000 steigen. ■ Mit einem Defizit der öffentlichen Haushalte von 36 Milliarden Euro im ersten Halbjahr dieses Jahres wird schließlich auch die Defizit-Grenze von Maastricht deutlich überschritten.

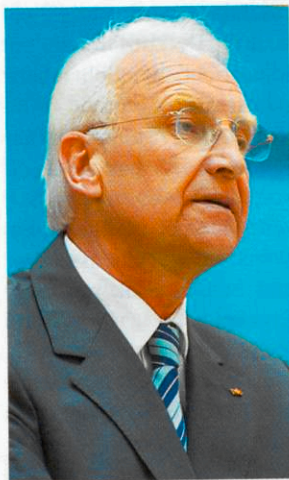
Edmund Stoiber: „Der *Blaue Brief* aus Brüssel kommt. Er ist das Abschlusszeugnis einer gescheiterten Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik mit dem Ergebnis für Rot-Grün: Nicht bestanden!“

„Deutschland braucht eine bessere Regierung!“ - lautet die Folgerung, die die Parteivorsitzende aus der vernichtenden Bilanz der Schröder-Regierung zieht. Angela Merkel: „Beim Stand von vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland wird man abgewählt.“

NUR EINEN TAG NACH der Veröffentlichung der neuen Arbeitsmarktzahlen haben die CDU-Verbände vor Ort auf Anregung des Generalsekretärs einen **AKTIONSTAG** veranstaltet. An Bahnhöfen, Bushaltestellen, vor Betrieben und in Einkaufszonen gab es nur ein Thema: das gebrochene Versprechen Schröders, die Arbeitslosigkeit auf 3,5 Millionen zu senken. Postkarten mit dem entsprechenden Schröder-Zitat standen jedem Kreisverband zur Verfügung, ein aktuelles Flugblatt (*Abb. Seite 14*) sowie eine Muster-Presserklärung.

Das Entscheidungs- und Handlungsmonopol in der Irak-Frage liegt bei den Vereinten Nationen

Erklärung des Kanzlerkandidaten der Union, Edmund Stoiber, zur Irakpolitik am 28. August



Der jetzt in den Vereinten Staaten von Amerika erreichte Stand der Diskussion um die Frage eines amerikanischen Alleingangs in der Irak-Frage erfordert eine klare Antwort:

Wir und unsere Verbündeten sind uns einig, dass der irakische Diktator Saddam Hussein eine Gefahr für den Frieden in der Region und weit darüber hinaus darstellt. Diese gemeinsame Beurteilung ist auch die Grundlage der bisherigen UN-Resolutionen. Das Entscheidungs- und Handlungsmonopol in

dieser Frage liegt bei den Vereinten Nationen. Alleingänge eines Landes ohne Konsultation und ohne Mandat der internationalen Staatengemeinschaft sind damit nicht vereinbar.

Saddam Hussein muss ungehinderte UN-Waffeninspektionen zulassen

Gleichzeitig stimme ich mit der französischen Regierung überein, dass die internationale Staatengemeinschaft und hier besonders Europa mit größerer Entschlossenheit für eine Rückkehr der UN-Waffenkontrollure in den Irak eintreten muss. Gleichzeitig muss der Irak die UN-Beschlüsse für umfassende und ungehinderte UN-Waffeninspektionen in seinem Land erfüllen. Denn es besteht die Gefahr, dass das Regime im Irak schreckliche Massenvernichtungswaffen produziert. Der irakische Diktator Hussein hat in der Vergangenheit auch bewiesen, dass er nicht

davor zurückschreckt, derartige Waffen einzusetzen.

Ich bin zuversichtlich, dass diese von mir skizzierte Position, nämlich Absage an Alleingänge eines Landes und zugleich Druck der internationalen Staatengemeinschaft auf Erfüllung der UN-Beschlüsse durch den Irak, gemeinsame Position aller EU-Partner werden kann. Ich sehe mich hier in einer Linie mit der Haltung der französischen Regierung, und ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam mit Frankreich und den anderen Partnern in der Europäischen Union eine gemeinsame europäische Position entwickeln können.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an die Zusage des amerikanischen Präsidenten George Bush, alle Schritte in der Irak-Frage nur mit Konsultation und enger Abstimmung mit den amerikanischen Partnern und Verbündeten vorzunehmen. Hierzu gehört nach meiner Auffassung die Abstimmung mit den Partnern in der NATO, in der Eu-

EDMUND STOIBER:

Rasche Hilfe für die Opfer

In einer Sondersitzung hat am 29. August der Deutsche Bundestag über Hilfen für die Opfer der Hochwasserkatastrophe beraten.

Dabei machte der Kanzlerkandidat der Union, Edmund Stoiber, in seiner Rede deutlich, dass die Union das Gesamtpaket der Bundesregierung nicht blockieren werde: „Aus nationaler Verantwortung und menschlicher Solidarität will die Union rasche Hilfe für die Opfer.“ Und: „Wir geben ihnen und den betroffenen Ländern und Kommunen Sicherheit über die Höhe der Hilfsfonds.“ Allerdings werde eine unionsgeführte Regierung nach dem 22. September die Finanzierung durch höhere Steuern rückgängig machen.

Mit seinem Versprechen, *niemand soll nach der Flut materiell schlechter gestellt sein als vor der Flut*, habe der Bundeskanzler im übrigen Erwartungen geweckt, die weder der Gesetzentwurf der rot-grünen Bundesregierung noch die Erläuterungen von Bundesfinanzminister Eichel erfüllen.

Wortlaut der Rede: Dokumentation

WAHLKAMPF

Stoiber gewinnt Kompetenzduell

Beim ersten Fernseh-Duell am 25. August hat Edmund Stoiber Kanzlerformat gezeigt. Schröder war in der Defensive. Der Herausforderer hat das Kompetenzduell für sich entschieden.

Umfragen, deutsche und internationale Pressestimmen teilen, wie auf den beiden folgenden Seiten zu lesen ist, die Einschätzung: Der Gewinner heißt Edmund Stoiber.

Wie sehr es am Sonntag für Schröder auch in der Sache daneben ging, zeigt die *Rapid Response* der CDU-Bundesgeschäftsstelle auf die Behauptungen des noch amtierenden Kanzlers.

Das Urteil, das die Fakten über vier Jahre Regierung Schröder fällen, ist vernichtend: ■ Schlusslicht in Europa beim Abbau der Arbeitslosigkeit ■ beim gesamtsaatlichen Defizit in der Europäischen Union mit Abstand auf dem letzten Platz ■ Anstieg der Steuer- und Abgabenlast um 15 Milliarden Euro ■ in der Disziplin „Effizienz der Regierungsarbeit“ international auf Platz 26 gerutscht.

Seite 19–22

europäischen Union und mit wichtigen Partnern in der weltweiten Anti-Terror-Koalition. Ich setze darauf, dass der amerikanische Präsident diese Zusage einhält und den bisher von ihm äußerst erfolgreich beschrittenen Weg der Abstimmung amerikanischer Maßnahmen mit der

internationalen Staatengemeinschaft wie etwa bei der weltweiten Anti-Terror-Koalition beibehält.

Ich habe vor dieser Stellungnahme die Position der CDU/CSU auch dem amerikanischen Botschafter in Deutschland in einem freundschaftlichen und vertrauens-

vollen Telefonat mitgeteilt. Ich habe über diese Position der CDU/CSU, die nach meiner Überzeugung eine gemeinsame europäische Position aller Partner in der EU werden könnte, auch die französische Regierung und die Regierung von Großbritannien informiert.

UD



Schröder deutlich in der Defensive

*Stoiber kompetent, angriffs-
lustig und trotzdem nicht
unsympathisch. Konnte im-
mer dann punkten, wenn er
Schröder direkt mit dessen
unerfüllten Versprechen
konfrontierte, wenn er kon-
krete Gegenpositionen – et-
wa bei der Steuersenkung –
bezog. Da drängte er Schrö-
der unerwartet deutlich in
die Defensive.*

Stuttgarter Nachrichten

Entschiedener Auftritt des Herausforderers

*Edmund Stoiber hat eine
überraschend gute Vorstel-
lung geliefert. Es ist ihm ge-
lungen, die Diskussion auf
das Thema Arbeitslosigkeit
und Wirtschaft zu konzen-
trieren. Schröder vermittelte
ein Gefühl des Unbehagens
und brauchte Zeit, um in
Schwung zu kommen. Außer-
dem wurde er durch die ent-
schiedene Haltung seines
Herausforderers oft in die
Defensive gedrängt.*

Financial Times (London)

Edmund Stoiber klarer Sieger nach Fakten

Schröder nervös

*Aus dem großen Fernsehdu-
ell geht der Herausforderer
gegenüber dem Kanzler ge-
stärkt hervor. Das ist ein sehr
wichtiges Signal. Zwar gab
sich Schröder selbstsicher,
aber in bestimmten Augen-
blicken war er nervös und hat
weniger locker als sonst ge-
wirkt. Er hatte es mit einem
Stoiber zu tun, der auf unge-
zwungene Art lächelte und
es zugleich verstand, öfter in
den Angriff zu gehen.*

La Repubblica (Rom)

Schröder müde, Stoiber kompetent

*Die Wahlkampfmanager
Gerhard Schröders sahen
im TV-Duell Nummer 1 ihre
große Chance. Die Drama-
turgie der Sendung machte
ihnen einen Strich durch die*

*Rechnung. Klare Aussagen
waren gefragt, kein Streit-
gespräch mit ablenkender
Polemik. Schröders Natu-
rell entsprach dieser Runde
nicht. Er wirkte müde und
lustlos – Stoiber kompetent.*

B.Z. (Berlin)

Schröders Rechnung ist nicht aufgegangen

*Angriffslustig, ohne verbal
zu verletzen, setzte Stoiber
dem Kanzler zu, um mit
Steuer- und Arbeitslosen-
Politik seine Kompetenz auf
dem gesamtwirtschaftli-
chen Gebiet zu betonen.
Schröder war zwar um keine
Antwort verlegen, doch sei-
ne staatsmännische Gelas-
senheit wirkte eher müde als
souverän. Insofern ist seine
Rechnung, Stoiber verbal in
den Sack zu stecken, nicht
aufgegangen.*

Reutlinger Generalanzeiger

■ Friedrich Merz:

„Das war das 1:0 für Stoiber. Wer in der Sache etwas zu sagen hat, der schneidet auch in einem solchen Duell als Sieger ab.“

■ Roland Koch:

„Stoiber ist es gelungen, der Diskussion den Stempel der Sachlichkeit aufzudrücken. Er ist klar als Sieger nach Fakten hervorgegangen.“

■ Laurenz Meyer:

„Die Kraft der Argumente hat Schröder in die Defensive gebracht. Stoiber hat derweil locker punkten können.“

Den Kanzler aufs Korn genommen

Der Kanzler hat in diesem Medienspektakel den Schiedsrichter gegeben, den großen Staatsmann, der gern selbst die Spielregeln bestimmen möchte. Doch der Herausforderer hielt sich nicht an diese eigenwillige Auslegung der Spielregeln. Edmund Stoiber er-

laubte es sich, seinen Gegner aufs Korn zu nehmen, wie es sich für ein zünftiges Duell gehört. Dabei hat der Kanzlerkandidat eine erstaunlich gute Figur gemacht. Kieler Nachrichten

Souveräner Stoiber

Der SPD-Chef wirkte kraft- und lustlos. Möglicherweise lag dies am überraschend munteren und angriffslustigen Auftreten Stoibers. Der Bayer präsentierte sich souveräner und lockerer, als man es von ihm vor Kameras gewohnt ist. Er nahm seine Rolle als Herausforderer wörtlich, versuchte die Themen mitzubestimmen und den Kanzler in die Ecke zu treiben. Unter dem Strich konnte Stoiber deshalb mehr als Schröder von dem TV-Duell profitieren.

Neue Osnabrücker Zeitung

Niederlage für Gerhard Schröder

Stoiber jedenfalls war – gemessen an dem von den eigenen Leuten auch herunter

geredeteten Erwartungen – erstaunlich gut. Die Sache endete für den Kandidaten unentschieden, was nichts anderes bedeutet als eine Niederlage für den Inhaber des Amtsbonus.

Rheinische Post

Punktsieger Stoiber

Der Hinweis auf Zeitkonten und Spielregeln störte immer dann, wenn es spannend zu werden drohte. Dennoch ist es den Kandidaten an einigen Stellen tatsächlich gelungen, dem Maskenhaften und Ritualisierten der Sendung zu entkommen – überraschend Edmund Stoiber häufiger und prägnanter als Gerhard Schröder. Von dessen medialer Stärke kam viel weniger zur Geltung als erwartet, wohingegen Stoiber die Rolle als Quizkandidat zunehmend Spaß zu machen begann. Er gewann in gleichem Maß an Angriffslust, wie der Kanzler Gelassenheit mit Langeweile wechselte. In solchen Sendungen gibt es Punktsieger. Da liegt Stoiber sicher vorn.

Die Welt

FAST 4 Jahre Rot-Grün **ÜBER 40.000 Firmenpleiten – allein in 2002** **ÜBER 4.000.000 Arbeitslose – sogar im August**

Die neuen Arbeitslosenzahlen sind alarmierend: Schon wieder sind mehr als vier Millionen Menschen ohne Arbeit – sogar im August. Das ist die höchste Arbeitslosigkeit im August seit vier Jahren.

In den neuen Ländern ist die Zahl der Arbeitslosen so hoch wie noch nie seit der Wiedervereinigung – trotz steigender Abwanderung.

Immer mehr Menschen machen Kurzarbeit – im August 2002 waren es 143.000 Menschen – 51.000 mehr als vor einem Jahr.

Auch die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ist bedrückend – im August 2002 waren es sage und schreibe 546.000 junge Leute – 46.000 mehr als vor vier Jahren.

Weil immer mehr Firmen pleite machen, werden die Chancen immer schlechter, einen neuen Job zu bekommen. Allein in diesem Jahr wird mit mehr als 40.000 Firmenpleiten gerechnet – Pleite-Rekord in Deutschland.

Versprochen – Gebrochen: Das ist Schröders Schlussbilanz – er hatte versprochen, die Arbeitslosenzahlen auf 3,5 Mio. zu senken. Rot-Grün ist gescheitert. In den letzten zwei Jahren hat die Arbeitslosigkeit in Deutschland stärker zugenommen als in jedem anderen Mitgliedsstaat der EU.

Deshalb ist die Alternative am 22. September klar: Endlich aufwärts mit der Union – oder weiter abwärts mit Rot-Grün.

Deutschland braucht eine bessere Regierung

CDU und CSU werden nach dem 22. September sofort handeln: Wir machen den Mittelstand wieder stark, wo 80 % der Arbeitsplätze entstehen – und entlasten Normalverdiener. Mit gerechten Steuern und weniger Bürokratie sorgen wir für neues Wachstum und mehr Arbeitsplätze – damit es endlich aufwärts gehen kann.

Zeit für Taten.



ANGELA MERKEL:

Bischhöfe lenken die Aufmerksamkeit auf die **zentralen Fragen**

Zum Aufruf der Deutschen Bischofskonferenz zur Bundestagswahl am 22. September erklärte die Parteivorsitzende:

Die Union begrüßt nachdrücklich die Erklärung der katholischen Bischöfe in Deutschland zur Bundestagswahl 2002. Die Bischöfe lenken mit ihren Ausführungen die Aufmerksamkeit auf jene zentralen Fragen, über die die Wählerinnen und Wähler am 22. September zu entscheiden haben:

■ Der Schutz des Lebens in allen Phasen der menschlichen Existenz wird von den Bischöfen zu Recht als „vorrangiges Ziel der Politik“ bezeichnet. CDU und CSU stellen sich diesem Anspruch, indem sie an den strengen Bestimmungen des Embryonen-Schutzgesetzes festhalten. Die Union wird die psycho-soziale Beratung von Eltern, die ein behindertes Kind erwarten, durchgreifend verbessern, um die hohe Zahl an Spätabtreibungen deutlich zurückzuführen. Gerade angesichts der verbesserten Möglichkeiten der pränata-

len Diagnostik muss es auch künftig sichergestellt bleiben, dass keiner Mutter eines behinderten Kindes der Vorwurf gemacht wird, ein solches Kind überhaupt zur Welt gebracht zu haben.

■ Die Bischöfe stellen zutreffend fest, dass die soziale Balance in Deutschland aus dem Lot geraten ist. Dies gilt für die deutlich unterschiedliche Qualität der Schulen in den einzelnen Bundesländern, dies gilt auch für die materielle Situation von Familien mit Kindern, die weit davon entfernt sind, einen fairen Ausgleich für die Leistungen zu erhalten, die sie durch die Erziehung von Kindern für die gesamte Gesellschaft erbringen. Die Union wird durch die Einführung eines Familiengeldes eine wesentliche Gerechtigkeitslücke in Deutschland schließen.

■ Die Bischöfe mahnen, alle Anstrengungen zu unternehmen, die anhaltende Massenarbeitslosigkeit zu überwinden. Angesichts der Tatsache, dass in dieser Hinsicht die amtierende Bundesregierung eines ihrer zentralen Wahlversprechen gebrochen hat, wiegt diese Mahnung der Bischöfe schwer. Ihre Hinweise, die Arbeitslosigkeit durch mehr Flexibilisierung und Individualisierung zu bekämpfen, beschreiben präzise die Defizite der Arbeitsmarktpolitik in den zurückliegenden vier Jahren.

Die Union hat mit ihrem 50-Punkte-Startprogramm einen umfassenden Plan vorgelegt, wie es gelingen kann, die wirtschaftlichen Wachstumskräfte zu beleben und den überbürokratisierten Arbeitsmarkt zu entriegeln.

EINEN „ROTEN FADEN“ nicht nur für Christen hat der Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues, den Aufruf der Bischöfe genannt. Auch alle anderen Wählerinnen und Wähler können sich mit seiner Hilfe orientieren und die Vorstellungen der Parteien messen.



Deutschland wechselt

„**DEUTSCHLAND WECHSELT**“ – unter diesen Titel strahlen über 2200 Kinos in Deutschland vom 5. bis 18. September den CDU-Kinospot aus. Dieser greift in zahlreichen Bildsequenzen das Thema „Wechsel“ auf und beweist, dass Wechseln Spaß macht. Passend zum Spot werden die Bilder mit einer flotten Musik untermalt, die den Titel „Change“ trägt.

Zielgruppe dieser Kinowerbung sind die achtzehn- bis dreißigjährigen Wählerinnen und Wähler. Innerhalb der genannten zwei Wochen können über 22 Prozent von ihnen erreicht werden.

Parallel zur Ausstrahlung des Spots finden Aktionen in den Landes- und Kreisverbänden statt. Den Landesverbänden wurden Wechselrahmen mit dem Foto unseres

Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber angeboten. Ein Wechselrahmen spielt in dem Spot eine wichtige Rolle.

Dadurch wird unsere Botschaft klar: „Deutschland wechselt – wechseln Sie mit!“

Die Kreisverbände haben von der CDU-Bundesgeschäftsstelle eine Postkarte mit Bildausschnitten des Spots erhalten. Die Karten lassen sich sehr gut vor den Kinos verteilen. Wie die Postkarte aussieht: Oben haben wir sie abgebildet.

WAHLKAMPFSPOTS PRÄSENTIERT

Laurenz Meyer: Bis zum 22. September, 18 Uhr um jede Stimme **kämpfen**

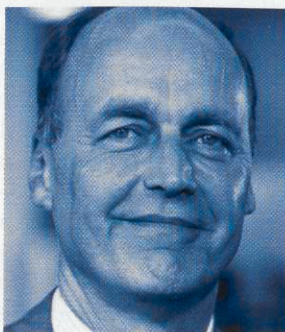
„Deutschland wechselt“ – den neuen CDU-Wahlkampf-Spot (Seite 16) hat Generalsekretär Laurenz Meyer am 27. August – Premiere – in einem Kino am Potsdamer Platz in Berlin einem großen Publikum präsentiert.

Vom Tapetenwechsel über Öl-, Wagen-, Hemden- und „Seiten“wechsel bis zum politischen Wechsel ist auf dem Filmstreifen ziemlich alles vertreten.

Laurenz Meyer wies darauf hin, dass die TV- und Kinowerbung der Union ohne Polemik gegen die politische Konkurrenz auskommt.

Die Ausgangslage von CDU und CSU für den 22. September bezeichnete der Generalsekretär als „gut“.

■ Das TV-Duell mit Schröder



der vom 25. August hat der Kanzlerkandidat Edmund Stoiber klar für sich entscheiden können.

■ Erneut hat die Union auf den entscheidenden Feldern Wirtschaft und Arbeitsmarkt die besseren Kompetenzwerte erreicht.

■ Ganz besonders wichtig: „Wir haben unsere Anhänger in hohem Maß motiviert und mobilisiert.“

■ Und schließlich: „Die

Menschen in Deutschland haben die Defizite der Regierung Schröder erkannt.

Schröder hat die Unwahrheit gesagt

Es sei bezeichnend für die Stimmung in der SPD, mit welcher „Frechheit der Bundeskanzler“ während des Streitgesprächs „die Unwahrheit“ verkündet habe. Während des TV-Duells hatte Schröder behauptet, die Union plane ihre Steuerenkungen durch die Besteuerung von Nacht- und Feiertagszuschlägen zu finanzieren. Dabei hatte sich der Kanzler auf die Petersberger Beschlüsse aus dem Jahr 1997 bezogen.

Angesichts dieser Dreistigkeit forderte Generalsekretär Laurenz Meyer Franz Müntefering auf, sich öffentlich für diese Äußerung zu entschuldigen.

Zur Hilfe für Menschen, die von der Hochwasserkatastrophe betroffen sind, sagte Laurenz Meyer: „Dass die Mittel für diese Hilfe zur Verfügung stehen, ist im Augenblick die wichtigste

IN ALLEN UMFRAGEN liegen Union und FDP vor Rot-Grün. Die Ergebnisse von Allensbach bestätigen die Wahlkampfstrategie der Union. Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würde die Union 39,1 Prozent der Stimmen erhalten. 50 Prozent der Menschen glauben an einen Sieg der CDU. Die Zahlen unterstreichen: Unsere Chancen am 22. September stehen gut. CDU/CSU und FDP gemeinsam erreichen nach der jüngsten Allensbach-Umfrage 50,7 Prozent der Stimmen.

Zusage.“ Die Finanzierung dieser Mittel werde erst nach der Bundestagswahl festgelegt. Dabei werde es die von Rot-Grün vorgesehene Verschiebung der Steuerreform 2003 und eine Erhöhung der Ökosteuer mit der Union nicht geben.

Als „immerhin erfreulich“ bezeichnete Laurenz Meyer den Umstand, dass durch den Finanzierungsvorschlag des Bundeskanzlers der Wahlkampf zu seinen eigentlichen Themen „Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Steuern“ zurückgefunden habe. Damit könne die Union ihren „Kompetenz-Wahlkampf“ wie geplant fortsetzen.

Für eine bessere wirtschaftliche und soziale Zukunft wird die Union auch in ihren TV-Spots werben. „Wir wollen diejenigen in unserem Land, die etwas leisten wollen – seien es Arbeitnehmer oder Unternehmer – wieder in den Mittelpunkt der Politik stellen“, bekräftigte der Generalsekretär.

Zwei weitere Themen sind Bildung und Familie. ■ Bei der Bildung haben die CDU-geführten Bundesländer und Bayern gezeigt, dass die Union es besser kann. ■ In der Familienpolitik bietet die Union mit dem Familiengeld eine klare und verlässli-

ALS WAHLKAMPFINSTRUMENT DER SPD

hat sich nach den Worten von Laurenz Meyer wieder einmal das Meinungsforschungsinstitut Forsa entpuppt. Auslöser für die Kritik des Generalsekretärs war die schnelle Festlegung des Instituts auf einen Punktsieg des Bundeskanzlers beim TV-Duell mit Kanzlerkandidat Edmund Stoiber, noch bevor andere Institute zu ganz anderen Ergebnissen gekommen waren. „Kein Wunder!“ fand CSU-Generalsekretär Thomas Goppel. Das in Berlin ansässige Unternehmen erhalte allein im laufenden Haushaltsjahr vom Bundespresseamt Aufträge in Höhe von rund 664 Millionen Euro – das ist ein Drittel der Gesamtausgaben für Meinungsforschungsinstitute –, und Forsa-Chef Manfred Güllner wisse ganz genau: Nach einem Regierungswechsel ist mit dieser großzügigen Bevorzugung nicht mehr zu rechnen.

che Perspektive: nämlich mehr Wahlfreiheit für Mütter und Väter, wenn es darum geht, Kinder und Beruf miteinander zu vereinbaren.

■ Außerdem bietet die CDU den Kandidatinnen und Kandidaten für eigene Schaltungen in Ballungsraum-Sendern einen Rahmenspot an.

Zur Schaltung der TV-Spots:

■ In ARD und ZDF werden ab dem 26. August je 7 Spots á 90 Sekunden gezeigt.

■ Im Privatfernsehen werden ab dem 27. August über 300 Spots á 30 Sekunden ausgestrahlt.

■ Die CDU hat insbesondere die Sender RTL, SAT 1 und Pro 7 sowie ergänzend RTL 2, Super-RTL, VOX, Kabel 1 und für bestimmte Zielgruppen n-tv, N 24 und MTV belegt.

Laurenz Meyer: Um jede Stimme kämpfen

„Alle wesentlichen Vorbereitungen für die letzte Wahlkampf-Phase sind abgeschlossen. Wir werden um jede Stimme kämpfen – bis zum 22. September, 18.00 Uhr. Wir werden dabei unsere Wahlkampf-Strategie genau so unbeirrt durchhalten, wie wir sie in den vergangenen Monaten unseres Wahlkampfs durchgehalten haben.“

UD

Unter 49 Nationen hat Deutschland mit der Regierung Schröder die miserabelste Arbeitsmarktpolitik

Gerhard Schröder:

„Eine vernünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik, die nicht auf neue Schulden setzt, sondern abbaut das sind die Vorschläge, die wir auf den Tisch gelegt haben – und die wir auch umsetzen werden.“

Rapid Response der CDU-Bundesgeschäftsstelle auf die Behauptungen Schröders im Fernsehduell mit Edmund Stoiber am 25. August

Gerhard Schröder:

„Und wenn wir die Wachstumsraten jetzt anschauen, die ökonomischen, dann ist natürlich auch falsch, dass wir negatives Wachstum hätten. Im ersten Quartal haben wir Wachstum zum Vorjahr von 0,3 gehabt. In den beiden ersten Quartalen dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr werden wir ein Wachstum von 0,5 haben.“

FAKT:

Europas Klassenletzte bei den Schulden

Beim gesamtstaatlichen Defizit lag Deutschland 2001 in der Europäischen Union mit Abstand auf dem letzten Platz. Daran wird sich auch im laufenden Jahr nichts ändern: In Ihrem Frühjahrsgutachten (S. 123) korrigiert die EU-Kommission ihre Prognose für das laufende Jahr noch einmal auf ein zu erwartendes Defizit von 2,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes nach unten. 1998 lag Deutschland mit einem Defizit von 2,1 Prozent noch im Mittelfeld der EU-Staaten.

Während alle anderen EU-Länder ihre Schulden von 1998 bis 2002 abgebaut und teilweise sogar halbiert

haben werden, wuchs die Gesamtverschuldung in Deutschland von 60,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf 61,0 Prozent. Der Wert der EU insgesamt sinkt von 69,0 auf 61,8 Prozent (EU-Kommission, S. 124).

Jede Menge neuer Schulden

Rot-Grün wird nach vier Jahren Regierungszeit Ende 2002 rund 93,86 Milliarden Euro neue Schulden gemacht haben, trotz der zwischenzeitlichen UMTS-Lizenz-Erlöse von ca. 50 Mrd. Euro Nettokreditaufnahme in Mrd. Euro: 26,1 (1999), 23,8 (2000), 22,86 (2001), Soll: 21,1 (2002) (Bundesfinanzministerium, Finanzpläne des Bundes 2002-2004, S. 70 und 2001-2005, S. 73).

FAKT:

Rezession im ersten Halbjahr

Im ersten Halbjahr des Jahres ist die Wirtschaft um 0,4 Prozent geschrumpft (Statistisches Bundesamt).

Nach DIW Berlin (0,6 Prozent Wachstum) und HWWA Hamburg (0,7 Prozent) senkt nun auch der Internationale Währungsfonds seine Konjunkturprognose: Er rechnet in diesem Jahr mit nur noch 0,7 Prozent Wachstum (Die Welt, 23. August).

Auch der ifo-Geschäftsklimaindex (Juni) und der

ZEW-Konjunkturindex (Juli) sind entgegen der Erwartungen wieder gesunken.

Gerhard Schröder:

„Und ich bin der Letzte, der nicht enttäuscht wäre darüber, dass es uns nicht gelungen ist, das Ziel, die Arbeitslosigkeit auf dreieinhalb Millionen zu reduzieren, zu erreichen, aber das hat natürlich eindeutig, und jeder vernünftige Ökonom weiß das auch, Gründe, die in den weltwirtschaftlichen Verwerfungen liegen und die nicht in erster Linie hausgemacht sind. Kein anderes Land ist so verflochten zum Beispiel mit den Vereinigten Staaten von Amerika wie Deutschland.“

FAKT:

Höheres Wachstum in Großbritannien trotz stärkerer Verflechtung mit den USA

15,1 Prozent der Exporte Großbritanniens gehen in den weltweit wichtigsten Wirtschaftsraum, die USA (Werte für 2000). In Deutschland liegt die Quote nur bei 9,4 Prozent, also um etwa ein Drittel niedriger (EU-Kommission, S. 130).

Trotzdem ist die britische Wirtschaft 2001 mit 2,2 Pro-

zent dreieinhalb Mal so stark gewachsen wie die deutsche (EU-Kommission, S. 111). Frankreich und Irland erreichten trotz hoher USA-Exportanteile ein wesentlich höheres Wirtschaftswachstum als Deutschland.

Deutschland ist trotz vergleichbarer bzw. geringerer Exportverflechtung mit den USA Wachstumsletztler in Europa (EU-Kommission, S. 111). Daran wird sich nach Prognose der EU-Kommission auch im Jahr 2002 nichts ändern.

Altkanzler Helmut Schmidt urteilt (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 9. Juni): „Arbeitslosigkeit hat nichts mit Globalisierung zu tun. Sie ist vollständig hausgemacht.“

Gerhard Schröder:

„Wir haben allein fast 20 Mrd. Euro mehr für Familien ausgegeben in den vier Jahren, das, denke ich, schafft Vertrauen.“

FAKT:

Steigende Steuer- und Abgabenlast

Im Jahr 2002 wächst die Steuer- und Abgabenlast von Bürgern und Betrieben um rund 15 Mrd. Euro durch die Erhöhung von Öko-, Ta-

bak- und Versicherungssteuer, die sog. kalte Progression und die Anhebung Krankenversicherungsbeiträge (Welt am Sonntag, 6. Januar)

Auch die Rentenversicherungsbeiträge werden steigen: nach Vorhersage des Verbandes deutscher Rentenversicherer (VDR) auf über 19,3 Prozent (Neue Osnabrücker Zeitung, 23. August). Und das, obwohl seit 1999 ca. 17,1 Mrd. Euro Ökosteuererinnahmen in die staatlichen Kassen geflossen sind.

Gerhard Schröder:

„Das, was Sie hier über Steuererleichterungen sagen, das finanzieren Sie gegen mit Streichung der Nachtarbeitszuschläge, mit dem Wegfall der Werbungskosten für die Arbeitnehmer. Das steht so in Ihrem Programm drin.“

FAKT:

Schröder verdreht die Tatsachen: Kein Wort davon im Programm der Union

Im gemeinsamen Regierungsprogramm von CDU und CSU steht kein einziges Wort davon – auch nicht in einer Fußnote, wie SPD-Ge-

NACHT- UND FEIERTAGSZUSCHLÄGE

Angela Merkel: Die SPD sagt **schlicht und ergreifend** die Unwahrheit

Steuersenkungen, die die Union im Wahlprogramm-versprochen hat, sollen nicht durch eine Besteuerung von Nacht- und Feiertagszuschlägen finanziert werden.



chen, dass es derartige Pläne gebe: „Die SPD sagt schlicht und ergreifend die Unwahrheit, selbst wenn sie jetzt nur noch von einer

Fußbote im Wahlprogramm der Union spricht.“ Angela Merkel forderte den Bundeskanzler auf, die unrichtige Behauptung, die er im TV-Duell mit Stoiber aufgestellt hatte, unverzüglich zurückzunehmen.

Auf einer Pressekonferenz nach den Sitzungen von Präsidium und Bundesvorstand am 26. August im Konrad-Adenauer-Haus hat die Parteivorsitzende entschieden der Behauptung Schröders widerspro-

ge steigen – nach Prognose der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) im nächsten Jahr auf mindestens 19,3 Prozent – allein aufgrund der schlechten Beschäftigungsentwicklung (Die Welt, 17. Juli). Nach Vorhersage des Verbandes deutscher Rentenversicherer (VDR) ist sogar mit noch weiteren Steigerungen zu rechnen (Neue Osnabrücker Zeitung, 23. August). Und das, obwohl seit 1999 ca. 17,1 Mrd. Euro Ökosteuerein-

Gerhard Schröder:

„Wir haben das Rentensystem auf ein vernünftiges Fundament gestellt.“

FAKT:

**Trotz Ökosteu-
er steigende Rentenbeiträge**

Arbeitsminister Riester hatte noch Anfang 2001 eine Senkung der Beiträge auf 18,6% im Jahr 2005 versprochen. Jetzt werden die Rentenversicherungsbeiträge

neralsekretär Müntefering behauptet.

Die Union will vielmehr „eine große Steuerreform auf den Weg bringen, die von den Vorgaben einfacher, niedriger und gerechter geprägt ist. Da Ausnahmetatbestände dem Konzept einer einfachen und transparenten Besteuerung widersprechen, wollen wir sie auf den Prüfstand stellen“.

Gerhard Schröder:

„Und im Übrigen ist es schlicht nicht wahr, dass die Arbeitslosigkeit beispielsweise in Spanien geringer wäre, als in Deutschland. Sie ist deutlich größer.“

FAKT:

**Schlusslicht beim
Abbau der Arbeits-
losigkeit**

Bis auf Deutschland, Portugal und Luxemburg konnten alle anderen europäischen Staaten die Arbeitslosigkeit im letzten Jahr abbauen – auch Spanien. In Deutschland stagnierte sie bei unverändert 7,9 Prozent (Quote gemäß EU-Standard), in Portugal und Luxemburg auf niedrigem Niveau bei 4,1 bzw. 2,4 Prozent (EU-Kommission, S. 120).

nahmen in die staatlichen Kassen geflossen sind.

Rentenniveau gesunken

Das Rentenniveau ist von 1998 bis 2001 von 71,6 Prozent des letzten Netto-Einkommens auf 69,1 Prozent gesunken (Statistisches Jahrbuch 2001).

Gerhard Schröder:

„Wir haben eine vernünftige Steuerreform gemacht.“

FAKT:

Abgabenlast höher als beim Regierungswechsel 1998

Die Abgabenlast (Belastung mit Steuern und Sozialabgaben) steigt und ist so hoch wie selten zuvor. 56 Prozent des Jahres arbeitet jeder Steuerzahler ausschließlich für den Staat (Bund der Steuerzahler).

Nur 1999 und 2000 lag die Abgabenlast noch höher, 1998 betrug sie nur 55,1 Prozent (Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler)

Bis 2005 wird sie auf voraussichtlich 56,2 Prozent weiter angestiegen sein (Karl-Bräuer-Institut).

Die Gründe: Steigende Beiträge für Rente und Krankenversicherung, Erhöhung von Ökosteuer und

anderen Steuern. Mehrbelastung allein zum 1. Januar 2002: 15 Milliarden Euro (Welt am Sonntag, 6. Januar).

Gerhard Schröder:

„Ich denke, dass wir in den letzten vier Jahren bewiesen haben, mit dem Reformprozess, den wir eingeleitet und erfolgreich durchgesetzt haben, dass wir Vertrauen verdienen.“

FAKT:

Der Befund von Experten sieht anders aus

Das „International Institute for Management Development“ (IMD) in Lausanne hat in seiner jüngsten Untersuchung zur Wettbewerbsfähigkeit von Staaten (April 2002) Deutschland vom 12. auf den 15. Rang zurückgestuft. Hauptverantwortlich für den Abstieg ist vor allem die Teilwertung „Effizienz der Regierungsarbeit“. Dort hat Deutschland acht Plätze verloren und befindet sich nun auf dem 26. Platz. Von den 49 bewerteten Nationen hat Deutschland laut den Wirtschaftsexperten die miserabelste Arbeitsmarktpolitik.

[http://](http://www.wahlfakten.de)

Voller Wortlaut : www.wahlfakten.de

Gerhard Schröder:

„Wir sind das Land, das doppelt so viel CO₂-Einsparungen gemacht hat wie alle Partner in Europa zusammen genommen.“

FAKT:

CO₂-Emissionen seit 1998 kaum zurückgegangen

Über 90 Prozent des Rückgangs der CO₂-Emissionen wurde unter der unionsgeführten Bundesregierung in den Jahren 1990 bis 1998 erreicht. Der Ausstoß des Treibhausgases ging um 12,4 % (1,4 % pro Jahr) zurück. Unter Rot-Grün wurde von 1999-2001 nur noch ein Rückgang um weitere 1,1 % erreicht (0,3 % pro Jahr; DIW).

Regierung Schröder wird CO₂-Versprechen nicht einhalten

Die Regierung Schröder hat sich wiederholt zu der Verpflichtung des Weltklimagipfels in Berlin 1995 bekannt, die CO₂-Emissionen bis 2005 gegenüber 1990 um 25 Prozent zu reduzieren (Nachhaltigkeitsstrategie 2002).

FRIEDRICH MERZ:

Eichels Behauptungen zur europäischen Defizitgrenze **an der Sache vorbei**

Zur Diskussion um den Vorschlag der Union, die Hilfe bei der Flutkatastrophe durch Überführung des Bundesbankgewinns in einen Sonderfonds zu finanzieren, erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Behauptung von Bundesfinanzminister Eichel, die Verwendung des Bundesbankgewinns zur Behebung der Hochwasserschäden werde das deutsche Staatsdefizit über die europäische Defizitgrenze von drei Prozent treiben, ist irreführend.

Das Geld ist vorhanden

Der Vorschlag der Union verzichtet auf Steuererhöhungen und stellt Geld zur Verfügung, das im Bundeshaushalt enthalten ist. Die Bundesbankgewinne, die nach dem Unionsvorschlag für die Finanzierung herangezogen werden, sind integraler Bestandteil des Bundeshaushalts. Die Altschulden des Erblastentilgungsfonds werden bei Fälligkeit getilgt und als allgemeine

Bundesschuld refinanziert. Im Jahresverlauf kommt es nicht auf das konkrete Eingangsdatum des Bundesbankgewinns bzw. die konkreten Daten und Tilgungsfälligkeiten von ELF-Altschulden an. Erst am Jahresende in der Feststellung des Haushalts wird der 3,5 Mrd. € übersteigende Betrag aus dem Bundesbankgewinn als zusätzliche Tilgung von ELF-Schulden gebucht.

Erst die tatsächlich abfließenden Finanzmittel zur Beseitigung der Hochwasserschäden nehmen auch Einfluss auf die Entwicklung der Nettokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte in diesem und im nächsten Jahr. Das Vorhaben der Bundesregierung, die zugesagte Steuerreformstufe zu verschieben, wird erst im nächsten Jahr zu höheren Einnahmen führen. Eine Verletzung des Maastricht-Kriteriums in diesem Jahr wird die Bundesregierung ganz unabhängig von allen Maßnahmen zur Finanzierung der Flutkatastrophe dagegen nicht mehr verhindern können.

Diese Gefahr besteht aufgrund der schlechten kon-

junkturrellen Entwicklung, der katastrophalen Arbeitsmarktlage und des dramatischen Rückgangs der Steuereinnahmen im ersten Halbjahr 2002. Für diese Entwicklung trägt die Bundesregierung mit ihrer Politik die Verantwortung.

MATTHIAS WISSMANN:

Ifo-Index macht rot-grüne Wachstums- und Steuerprognosen zur Makulatur

Zum neuesten Ifo-Geschäftsklima-Index erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Botschaft lautet, dass die Aussagen der Regierung Schröder zum Haushalt 2003, zu den geschätzten Steuereinnahmen und zum erhofften Wachstum zur Makulatur geworden sind.

Rot-Grün verschärft mit der geplanten Verschiebung der Steuerreform die konjunkturelle Situation noch zusätzlich. Jeder zaghafte Versuch einer Wachstums-

4,69 MILLIONEN EURO hat die Rot-Grün allein im Zeitraum 1. Januar 1999 bis 10. August 2001 für insgesamt 51 Forschungsprojekte und Gutachten einzig und allein zum Thema Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ausgegeben. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bezüglich der einzelnen Gutachten und ihrer Kosten hervor. Weitere Gutachten folgten! **Kommentar der CDU/CSU:** Rot-Grün hat das Handeln weitestgehend auf die Vergabe von Gutachten beschränkt, ohne wesentliche Empfehlungen umzusetzen. Das wohl einschlägigste Beispiel ist der Arbeitsmarktbericht der Gruppe *Benchmarking* im Auftrag des „Bündnisses für Arbeit“. Anstatt wichtigen Erkenntnissen – die zumeist gar nicht neu waren – beherzt Taten folgen zu lassen, hat die Bundesregierung ausgerechnet diesen Bericht, der für sie unangenehme Tatsachen enthält, der Öffentlichkeit noch nicht einmal vorgestellt. So wird Geld aus der Tasche der Steuerzahler verschwendet und werden insbesondere die Arbeitslosen im Stich gelassen.

verbesserung wird durch die steuerlichen Mehrbelastungen bei Bürgern und Mittelstand gebremst.

Die jüngste Entwicklung des Geschäftsklimaindexes zeigt klar, dass die deutsche Wirtschaft die Zuversicht in die amtierende Bundesregierung aufgegeben hat. Derentschuldigende Verweis der Regierung Schröder auf die weltwirtschaftlich angespannte Lage verfängt nicht. Andere Länder in Europa haben es besser vorgemacht, wie trotz schwieriger Konjunkturlage Wachstum erzielt werden kann.

Einmal mehr wird erkennbar, dass die rot-grüne

Bundesregierung in ihrer gesamten Regierungszeit keine wirklichen Reformen zur Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und damit zur Schaffung von mehr Wachstum und Beschäftigung auf den Weg gebracht hat.

Auch die Hartz-Vorschläge taugen nicht als arbeitsmarktpolitisches Feigenblatt, da sie sich vor allem auf die Verbesserung der Vermittlung konzentrieren, aber das Kernproblem, die verkrusteten Arbeitsmarktstrukturen, weitgehend unberücksichtigt lassen.

So lange insbesondere die mittelständische Wirt-

schaft unter der steuerlichen Ungleichbehandlung leidet und der Arbeitsmarkt überreguliert bleibt, ist mit einer durchgreifenden Trendwende nicht zu rechnen.

PETER GÖTZ:

Zu Schröders Grundsicherung darf es nicht kommen

Anlässlich der Vorlage eines Gutachtens der Verfassungsrechtler Schoch und Wieland im Auftrag des Deutschen Landkreistages zum rot-grünen Grundsicherungsgesetz erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Schröder hat mit dem Grundsicherungsgesetz eine Bürokratielawine ausgelöst, die hohe Kosten für die Kommunen und kaum Leistungsverbesserung für die Bürger bringt. Am 1. Oktober 2002 sollen von den Rentenversicherungsträgern alle Menschen über 65 in Deutschland angeschrieben werden, die weniger als 826 € Rente pro Monat bekommen; außerdem alle voll Erwerbsgeminderten ab 18 Jahren.

Sie alle – etwa 20 Mio. Menschen – sollen aufge-

fordert werden, Anträge auf Grundsicherung bei den Kommunen zu stellen. Ab dem 1. Januar 2003 sollen sie ihre Ansprüche geltend machen.

Was bringt das?

■ Über zwei Drittel der Leistungsberechtigten werden keinen Cent mehr in der Tasche haben. ■ Ein großer Teil von ihnen wird auch weiterhin zusätzlich Sozialhilfe benötigen. Mit 50 – 60 % Mischfällen wird gerechnet. ■ Für Menschen in Pflegeeinrichtungen wird die Finanzierung noch komplizierter: Rente, Pflegekasse, Pflegegeld, Unterhaltszahlung von Angehörigen, Sozialhilfe plus Grundsicherung. Noch ein Antrag mehr! ■ Ein Schutz vor Leistungsmissbrauch ist schwierig, weil die Berücksichtigung von Vermögen nicht vernünftig geregelt ist.

Die Kommunen gehen Pleite. Und noch einmal bürdet Schröder ihnen zusätzliche Kosten auf: für zusätzliches Personal und für Büros für die kolossale Aufgabe. Und dies bei einem insgesamt unzureichenden Bundeszuschuss.

Außer den Verwaltungskosten kommen 2003 bis zu 1 Mrd. € zusätzlich auf die

CDU

bürgerschaftsfraktion land bremen

Wir suchen zum nächstmöglichen Termin für die Aufgabenfelder Wirtschaft, Finanzen und Bau mit vorzugsweise wirtschaftswissenschaftlichem oder juristischem Examen

eine/einen wissenschaftliche(n) Mitarbeiterin/Mitarbeiter

Zu Ihrem Aufgabenbereich gehört die Vorbereitung von parlamentarischen Initiativen, die Begleitung der Parlamentsarbeit u.a. in Ausschüssen und Deputationen, die Organisation von Veranstaltungen und Fachtagungen etc. Erste Erfahrungen in Beruf und politischer Arbeit sind wünschenswert. Politisches Denken und Interesse sind unerlässlich.

Erforderlich sind überdurchschnittliches Engagement, Eigeninitiative und ein kooperativer Arbeitsstil ebenso wie die Bereitschaft zur grundsätzlichen Unterstützung der politischen Ziele der CDU-Bürgerschaftsfraktion. Ihr Alter sollte um die 30 Jahre sein. Die Stelle ist zunächst bis zum Ende der folgenden Legislaturperiode (Juni 2007) befristet. Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen einschließlich Ihrer Gehaltsvorstellungen und der Angabe des nächstmöglichen Eintrittsdatums senden Sie bitte bis zum 15. September 2002 an die

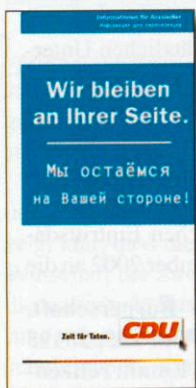
**CDU-Fraktion der Bremischen Bürgerschaft,
Frau Franca Reitzenstein, Am Wall 135, 28195
Bremen, Telefon: 0421/30894-49, Email: reitzen-
stein@cdu-bremen.d**

Landkreise und kreisfreien Städte zu – mit steigender Tendenz. Der Bund will sich nur mit 409 Mio. € beteiligen. Dieser Betrag soll an die Länder überwiesen werden. Der Löwenanteil soll

bei den Gemeinden hängen bleiben. Nach dem genannten Rechtsgutachten der Verfassungsprofessoren Schoch und Wieland ist das Grundsicherungsgesetz verfassungswidrig.



Die beiden abgebildeten Plakate werden den Kreisverbänden kostenlos zugesendet!



**Broschüre
„Informationen
für Aussiedler“**

Bestell-Nummer: **25979**
Preis je **50 Stück: 13,50 €**
inkl. MwSt.: **14,45 €**

Die letzte Seite des UID 28/2002

enthält durch einen Produktionsfehler die unvollständige Wiedergabe unserer neuesten Wandzeitung. Die Wandzeitung selbst ist in der korrekten Version ausgeliefert worden. Hier ist die richtige Abbildung:



Wir bitten Sie, den Fehler zu entschuldigen.



Clippkarte „Versprochen – Gebrochen“

Die 9 Wahlversprechen der SPD

Bestell-Nummer: **9864**
 Preis je **100 Stück: 6,90 €**
 inkl. MwSt.: 8,00 €



Clippkarte „7 Gründe, CDU zu wählen.“

Bestell-Nummer: **9937**
 Preis je **100 Stück: 6,90 €**
 inkl. MwSt.: 7,38 €



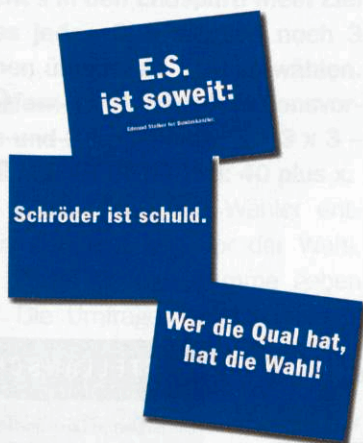
Postkarte „rot-grüne Pille“

Bestell-Nummer: **9786**
 Preis je **100 Stück: 6,90 €**
 inkl. MwSt.: 8,00 €



Postkarte „400 Euro“

Bestell-Nummer: **9818**
 Preis je **500 Stück: 40,00 €**
 inkl. MwSt.: 46,40 €



Postkarte „E. S. ist so weit: Edmund Stoiber for Bundeskanzler.“

Bestell-Nummer: **9884**
 Preis je **100 Stück: 6,50 €**
 inkl. MwSt.: 7,54

Postkarte „Schröder ist schuld.“

Bestell-Nummer: **9885**
 Preis je **100 Stück: 6,50 €**
 inkl. MwSt.: 7,54

Postkarte „Wer die Qual hat, hat die Wahl!“

Bestell-Nummer: **9886**
 Preis je **100 Stück: 6,50 €**
 inkl. MwSt.: 7,54 €

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.
 Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.

UID

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Klappkarte „Briefwahl“

Bestell-Nummer: 29968
Preis je 1.000 Stück: 15,00 €
inkl. MwSt.: 16,05 €

**Leporello
„Erstwähler“**
Bestell-Nummer: 22978
Preis Preis je
200 Stück: 27,00 €
inkl. MwSt.: 29,89 €

Erstwähler

Bundestagswahl 2002 –
Es geht Euch an!



Zeit für Taten. **CDU**

„Post-it“

Bestell-Nummer: 29980
Preis je 10 Blöcke
à 100 Blatt: 8,50 €
inkl. MwSt.: 9,86 €



BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Vermold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de